

Stand: 19.05.2024 01:42:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/2841

"Nutzer an den Straßenkosten beteiligen - EU-konforme Maut jetzt einführen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/2841 vom 03.07.2019
2. Beschluss des Plenums 18/2930 vom 04.07.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 23 vom 04.07.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Uli Henkel, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Nutzer an den Straßenkosten beteiligen – EU-konforme Maut jetzt einführen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, eine deutschlandweit einheitliche, zweckgebundene Vignetten-Maut für Benutzer von Autobahnen und Bundesstraßen einzuführen.

Begründung:

Die deutschen Autobahnen und Bundesstraßen spielen eine zentrale Rolle im gesamteuropäischen Personen- und Güterverkehr. Um den Ausbau und die Instandhaltung dieser Strecken zu finanzieren, soll ab jetzt eine zweckgebundene Abgabe in Form einer Vignetten-Maut auf die Benutzung der Autobahnen und Bundesstraßen erhoben werden. Eine Kompensation für den deutschen Autofahrer kann auch EU-konform erfolgen.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Uli Henkel, Franz Bergmüller, Ferdinand Mang, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart, Jan Schiffers** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/2841

Nutzer an den Straßenkosten beteiligen – EU-konforme Maut jetzt einführen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Dr. Wolfgang Heubisch

VI. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Uli Henkel

Abg. Thorsten Schwab

Abg. Dr. Markus Büchler

Abg. Manfred Eibl

Abg. Annette Karl

Abg. Sebastian Körber

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)

**Nutzer an den Straßenkosten beteiligen - EU-konforme Maut jetzt einführen
(Drs. 18/2841)**

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Abgeordnete Uli Henkel.

(Beifall bei der AfD)

Uli Henkel (AfD): Verehrtes Präsidium, geschätzte Kollegen! Als ich im Sommer 2017 die gesamte sogenannte Balkanroute erkundet habe und dabei innerhalb von sechs Wochen durch 14 Länder gefahren bin, habe ich doch tatsächlich auf einer einzigen Reise 14 unterschiedliche Mautsysteme kennenlernen dürfen.

(Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ein AfD-Iler auf der Balkanroute!)

Bekanntlich ist gut gemeint das Gegenteil von gut gemacht, und selten ist dieser Satz so zutreffend wie im Fall des gerade erst erlebten Mautdebakels. Dabei kam die Entscheidung des EuGH wohl für keinen außerhalb der CSU wirklich überraschend.

Nichts liegt mir nun ferner, als die Entscheidung eines Gerichtes zu rechtfertigen, welches doch dafür bekannt ist, regelmäßig die Rechte einzelner Mitgliedstaaten zu beschneiden. Wie naiv also musste man wohl sein, um ernsthaft zu glauben, dass der EuGH ein so offensichtlich zwischen EU-Bürgern und Einheimischen unterscheidendes System durchwinken könnte? – Für den Steuerzahler wird es jetzt jedenfalls richtig teuer; denn Medienberichten zufolge sind allein schon 300 Millionen Euro an Entschädigungszahlungen fällig gestellt.

Geschätzte Kollegen, Sinn einer Maut für Deutschland war es, alle Nutzer unserer Infrastruktur an deren Unterhaltskosten angemessen zu beteiligen. Hier im Hohen Hause werden recht oft und vehement die Vorteile der EU beschworen und betont, wie

gut es doch sei, dass wir einer solchen Völkerfamilie angehören dürfen. Wenn es aber zum Beispiel um eine einheitliche Maut geht, sieht man schon sehr deutlich, wie es wirklich um diese Gemeinschaft bestellt ist. Einigkeit jedenfalls sieht anders aus.

Kommen wir nun aber auch schon zum gut gemeinten Teil dieses Mautdebakels. Auch wir sehen durchaus den Nutzen einer allgemeinen Pkw-Maut. Grundsätzlich – und Sie gestatten mir diese persönliche Anmerkung – wäre es zwar aus meiner Sicht wahrlich das Beste, wenn jeder EU-Bürger alle staatlichen Straßen innerhalb der EU auch kostenfrei nutzen dürfte; aber wenn eine Vielzahl von Ländern nun einmal meint, für die Nutzung ihrer Verkehrswege unbedingt Gebühren erheben zu müssen, dann sollte allein schon aus Gründen der Fairness unseren Bürgern gegenüber diese Reziprozität auch bei uns gelten.

Die AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag fordert deshalb die Staatsregierung heute auf, sich im Bund für eine für Inländer natürlich kostenneutrale und dennoch EU-rechtskonforme neue Pkw-Maut einzusetzen. Es kann doch nicht wahr sein, dass nahezu alle EU-Staaten eine rechtskonforme Maut erheben, Deutschland das aber nicht schafft.

(Beifall bei der AfD)

Probieren wir es doch einmal mit einem einfachen und effizienten System, und lehnen wir uns dabei ganz eng an unsere so erfolgreichen Nachbarn in Österreich an, zum Beispiel wie folgt: Autobahnen und Bundesstraßen sind mautpflichtig; es gibt Vignetten für sieben Tage zu 10 Euro, für zwei Monate zu 35 Euro und dann noch eine Jahresvignette zu 100 Euro, Motorräder zahlen die Hälfte, Fahrzeuge zwischen 3,5 und 7,5 Tonnen das Doppelte – und gut ist es. Dazu gibt es eine Verkehrsüberwachung, zum Beispiel durch die BAG, die exakt so hart und unbarmherzig mit Mautprellern verfährt, wie dies die ASFINAG auch immer sehr gerne, zumindest bei uns Piefkes, macht, und innerhalb kürzester Zeit hätte sich die ganze Aufregung von selbst gelegt. Dass die Einnahmen aus der Maut dann aber auch ausschließlich dem deutschen

Straßenbau und dessen Unterhalt zugutekommen müssen und nicht zum Stopfen von Haushaltslöchern missbraucht werden dürfen, das sollte sich von selbst verstehen.

Die Implementierung eines so einfachen Mautsystems muss dabei noch nicht einmal zu einer Mehrbelastung für den deutschen Autofahrer führen; denn es spricht natürlich absolut nichts dagegen, auch keine EU-Regelung, dass die für den Spritpreis hauptsächlich maßgebende Energiesteuer parallel zur Einführung der Maut zum Beispiel um 10 % gesenkt wird. Diese Maßnahme wäre – so haben wir bei den durchschnittlich per annum von einem deutschen Automobilisten gefahrenen 14.000 Kilometern gerechnet – kostenneutral zur Jahresvignette.

(Beifall bei der AfD)

Geschätzte Kollegen, lassen Sie uns doch das Rad nicht neu erfinden! Machen wir es einfach so, wie es in "Besserdeutschland", vulgo: in Österreich, schon lange praktiziert wird! Stimmen Sie heute unserem Antrag zu! Denn auch Ihre Wähler werden das am Ende ganz sicherlich goutieren.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich Herrn Thorsten Schwab von der CSU-Fraktion aufrufen.

Thorsten Schwab (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde sagen, die größte Erkenntnis aus dem Redebeitrag gerade eben ist, dass selbst AfD-ler auf der Balkanroute unterwegs sind. Das war auch mir neu.

Der Antrag der AfD-Fraktion lautet, eine EU-konforme Maut jetzt einzuführen. Es gibt im gesamten Antragstext überhaupt keine Unterscheidung zwischen Pkw-Maut und Lkw-Maut. Eines muss man aber klarstellen: Es gibt eine Lkw-Maut, die auf 12.800 Kilometern Bundesautobahnen und rund 40.000 Kilometern Bundesstraßen reibungslos funktioniert. 2019 gab es rund 8,2 Milliarden Euro Einnahmen aus der Lkw-Maut, netto macht das 6,6 Milliarden Euro für den Bundeshaushalt aus.

Ziel der Bundesregierung war es seit 2005, von einer Steuerfinanzierung des Bundesfernstraßenhaushalts auf eine Nutzerfinanzierung umzusteigen. Das Bundesfernstraßennetz soll dauerhaft verbessert werden und bestens ausgestattet sein. Wir brauchen eine moderne, sichere und leistungsfähige Infrastruktur.

Der Haushalt im Bund war in diesem Bereich lange unterfinanziert. Nun gibt es aber eine erhebliche Aufstockung: 2019 sind im Bundesetat 9,2 Milliarden Euro für das Verkehrswesen, für die Fernstraßen enthalten. Das ist eine Steigerung von rund 40 % gegenüber 2015. In den Folgejahren steigt der Anteil sogar noch auf 10,5 Milliarden Euro jährlich. Mit den 10,5 Milliarden Euro, die im Haushalt stehen, 6,6 Milliarden Euro finanziert aus der Lkw-Maut, und der Spanne, die durch eine Pkw-Maut erwünscht war – da hat man mit 3,7 Milliarden Euro gerechnet –, wäre der Bundeshaushalt für die Verkehrswege eigentlich finanziert.

Jetzt bin ich beim Thema Pkw-Maut. Ich möchte das Thema nicht schönreden. Das hätte sicher besser laufen können, das ist keine Frage. Ziel war, eine Pkw-Maut einzuführen, bei der alle Verkehrsteilnehmer an den Kosten beteiligt werden. 2015 gab es die Vereinbarung in der Großen Koalition von CDU, CSU und SPD, eine Infrastrukturabgabe für die Benutzung der Bundesautobahnen und Bundesstraßen einzuführen. Der Preis der Vignette für Pkws sollte nach Hubraum und nach Umweltverträglichkeit bemessen werden. Das war also durchaus eine moderne, zeitgemäße Idee. Gleichzeitig wurde aber die Steuerentlastung im Kraftfahrzeugsteuergesetz beschlossen.

Das war der Grund dafür, dass die EU-Kommission das Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat. Ende November 2016 gab es eine Einigung mit der EU-Kommission und eine Einstellung des Verfahrens. Im Oktober 2017, das ist sicherlich jedem bekannt, hat Österreich Klage vor dem Europäischen Gerichtshof eingereicht. Am 18. Juni 2019 wurde die Pkw-Maut als Verstoß gegen das europäische Recht geahndet. Der Grund war die vollständige Entlastung der Bundesbürger und eine einseitige Belastung der ausländischen Verkehrsteilnehmer. Gerade das eben will die AfD in ihrem Antrag wiedereinführen.

(Uli Henkel (AfD): Nein!)

Das soll wiederkommen. Das ist eigentlich Unsinn. Die Entscheidung ist noch so frisch. Jetzt heißt es erst einmal, das Urteil genau durchzulesen, zu überlegen, zu analysieren und keinen Schnellschuss zu fabrizieren. Eine Nutzerfinanzierung ist nach wie vor sinnvoll. Es will aber wohlüberlegt sein, wie man das Ganze jetzt angeht. Eventuell wird es später noch eine EU-Regelung zur Einführung einer EU-weiten Maut geben. Wir wollen keine Schnellschüsse, sondern wohlüberlegte Politik machen. Deshalb lehnen wir den Antrag der AfD ab.

(Beifall bei der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es folgt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Uli Henkel. Bitte.

Uli Henkel (AfD): Geschätzter Kollege! Ich glaube, da haben Sie etwas missverstanden. Es ist eben nicht genau die gleiche Art und Weise, die natürlich vor dem EuGH keinen Bestand haben kann. Die Entlastung des deutschen Autofahrers geschieht vielmehr dadurch, dass die Mineralölsteuer, also die Energiesteuer, die einen großen Anteil am Spritpreis hat, gesenkt wird, und zwar in einem genau berechneten Maße, sodass es für den durchschnittlichen Autofahrer in Deutschland kostenneutral ist. Selbstverständlich ist das EU-konform, weil auch jeder EU-Ausländer in Deutschland an die Tankstelle fahren und dort auch den günstigeren Sprit tanken kann.

Tatsächlich würde es dann sogar wahrscheinlich zu einem umgekehrten Tanktourismus kommen. Das haben wir durchgerechnet. Anstatt dass die grenznah wohnenden Deutschen nach Österreich fahren, werden die grenznah lebenden Österreicher nach Deutschland kommen. Auch das würde den Staatssäckel füllen. Die Berechnung können Sie gerne bei mir einsehen. Ich freue mich auf einen konstruktiven Dialog. Was wir hier vorhatten, war schlicht und einfach, diese Lawine mal loszutreten. Das Maut-Debakel ist nun mal da. Daraus wollen wir jetzt das Beste machen, sehr gerne gemeinsam.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte, Herr Abgeordneter.

Thorsten Schwab (CSU): Ich bin kein Jurist, aber soweit habe ich das Urteil schon verstanden, dass das Problem war, dass die Einführung einer Maut bei gleichzeitiger Entlastung der Bundesbürger und Nichtentlastung der ausländischen Verkehrsteilnehmer nicht EU-Recht entspricht. Deswegen glaube ich auch, dass diese Regelung nicht EU-rechtskonform wäre. Es bleibt dabei, dass wir den Antrag selbstverständlich ablehnen.

(Dr. Ralph Müller (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Die anderen werden doch auch entlastet, die bei uns tanken. Das ist doch der Sinn der Sache!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner darf ich Herrn Dr. Böhler von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN aufrufen.

Dr. Markus Böhler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Jetzt will also die AfD das österreichische Pickerl für alle in Deutschland einführen. Irgendwie ist das ja schon ein bisschen lustig und verwunderlich. Zuerst will die CSU alle Ausländer abkassieren, und dann kommt ausgerechnet die AfD und will alle Deutschen abkassieren. Das ist irgendwie ein bisschen durcheinander. Sind das schon erste Hitzeschäden, oder wie darf ich das interpretieren?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn ich diesen Antrag durchlese, dann steht da dieser Satz: "Eine Kompensation für den deutschen Autofahrer kann auch EU-konform erfolgen."

Sagt mal, lest ihr Zeitung, schaut ihr fern? Habt ihr das EuGH-Urteil schon mitbekommen? – Es geht nicht, einseitig die Inländer zu bevorzugen. Das geht nicht, das ist nicht rechtskonform, und das ist auch gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Außerdem macht eine Vignette in einem relativ großen Land, wie es Deutschland ist, in einem Flächenland, keinen Sinn. Da haben wir keine Lenkungswirkung, sondern eine Einladung zum Vielfahren. Wenn schon, brauchen wir eine zeitabhängige, entfernungsabhängige und emissionsabhängige Maut, um eine Lenkungswirkung zu entfalten, mit der man die Kapazitäten auf den Straßen vernünftig auslastet und emissionsarme Fahrzeuge begünstigt. Diese Auto-Flatrate, die die AfD, anscheinend die "Abzocke für Deutschland", hier vorschlägt, brauchen wir auf gar keinen Fall. Ich bitte Sie um Ablehnung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Es folgt eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Henkel.

Uli Henkel (AfD): Geschätzter Kollege Dr. Büchler! Ich drücke mich normalerweise ziemlich deutlich aus. Wenn ich Ihnen sage, dass wir eine Entlastung über die Mineralölsteuer-Anteile machen, also über die Energiesteuer, die beim Spritpreis inkludiert ist, dann ist das eben keine Bevorzugung des deutschen Autofahrers, sondern das gilt für alle europäischen Autofahrer, die in Deutschland tanken. Das ist dementsprechend EU-konform. Deshalb haben wir es ja vorgeschlagen. Was Sie jetzt wieder implizieren oder unterstellen, ist, dass wir nur eine andere Art und Weise finden, die auch wieder vor dem EuGH keinen Bestand haben wird. Aber das ist es eben nicht. Die zeitgleiche Einführung der Senkung einer Steuer, die alle Menschen, die in Deutschland an die Tankstelle fahren, gleichermaßen begünstigt, ist schlicht und einfach keine Diskriminierung. So einfach ist es, und ich lade selbstverständlich auch Sie dazu ein, an diesem Dialog teilzuhaben, um von Bayern ausgehend vielleicht ein einfaches und innovatives Mautsystem zu kreieren.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Markus Büchler (GRÜNE): Dass man eine Rückzahlung für Inländer auch EU-rechtskonform machen kann, haben wir schon einmal gehört. Herr Dobrindt hat auch

gedacht, dass das geht, und ist gescheitert. Ich denke, wenn wir uns auf den Weg machen wollen, dass wir eine Nutzerfinanzierung hinbekommen, brauchen wir eine tatsächlich innovative Mautform. Die wäre dann zeitabhängig, emissionsabhängig und entfernungsabhängig. Alles andere ist nicht innovativ und macht keinen Sinn.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Kollegen Eibl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf.

Manfred Eibl (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Vor Jahren hat der damalige Bundesverkehrsminister seinen Gesetzentwurf zur Einführung einer Infrastrukturabgabe, sprich Maut, für Pkws und Wohnmobile vorgestellt. Wichtigstes Ziel des Vorhabens war es, der Unterfinanzierung der deutschen Straßeninfrastruktur entgegenzuwirken. Bezüglich der zu erwartenden Einnahmen konnte aber zum damaligen Zeitpunkt keine konkrete Aussage gemacht werden. Auch über die zu erwartenden Kosten hat man nichts Konkretes vernehmen können.

Im Februar 2017 stellte die Fraktion der FREIEN WÄHLER den Antrag, dass sich die Staatsregierung gegen die geplante Einführung der Pkw-Maut in dieser Form in diesem Hause stellt. Die Begründung damals war: Die Maut bringt keine Mehreinnahmen. Dies belegte damals eine ADAC-Studie, die nachweislich vorlag. Die Maut ist nicht EU-konform, mit der Begründung einer mittelbaren Diskriminierung aus Gründen der Staatszugehörigkeit zulasten der nicht in Deutschland Kfz-steuerpflichtigen Fahrzeughalter und Nutzer.

Nun hat Ministerpräsident Dr. Söder hier klar aufgezeigt, wohin der Weg gehen soll. Nach dem EuGH-Urteil hat er vorgeschlagen, dass wir diesbezüglich eine europäische Lösung und europäische Ansätze zwingend umsetzen sollen. Diese Lösung haben die FREIEN WÄHLER immer unterstützt und werden sie auch jetzt nachhaltig unterstützen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich festhalten, dass der Freistaat Bayern sich bereits seit Jahren beim Bund mit Erfolg für die Ausweitung der Nutzerfinanzierung einsetzt. Bereits seit Langem fließen die Einnahmen der streckenbezogenen Maut für die Nutzung der Bundesfernstraßen durch Lkws zweckgebunden in den Verkehrsetat des Bundes. Die Forderung der AfD nach einer einheitlichen Vignettenmaut für die Nutzer von Autobahnen und Bundesstraßen ist deshalb abzulehnen. Außerdem brauchen wir ebenso wie bei der Lkw-Maut unterschiedliche Mautansätze für Pkw mit unterschiedlichen Abgasemissionen, um so eine Lenkungswirkung mit Blick auf klimafreundliche Mobilität zu erzielen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Annette Karl von der SPD-Fraktion auf.

Annette Karl (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Klimafreundliche Mobilität, das heißt die Möglichkeit für alle Bürgerinnen und Bürger, mit möglichst wenig Schadstoffen von A nach B zu kommen, ist eine große Herausforderung. Das Thema Maut ist bei dieser ganzen Geschichte nur ein ganz kleiner Aspekt.

Die Mobilität – hier meine ich vor allen Dingen die Mobilität auf Straßen und auf der Schiene – muss finanziert werden. Wenn man den Individualverkehr, also das Fahren mit Autos, reduzieren will, dann geht dies nur mit massiven Investitionen in den öffentlichen Personennahverkehr, in den Schienenpersonennahverkehr und in den Schienenfernverkehr.

Nötig wäre unserer Meinung nach deshalb, das gesamte Finanzierungssystem zu beleuchten – für die Straßen sind das die Kfz-Steuer, die Lkw-Maut und vor allen Dingen die Mineralölsteuer. Möglich und aus meiner Sicht auch nötig wäre es, wie früher

einen größeren Anteil der Mineralölsteuer für die Sicherstellung und den Ausbau der Mobilitätsinfrastruktur zu reservieren. Auch das ist eine Form von Nutzerfinanzierung.

In diesem Sinne könnten dann diejenigen Leute, die tanken, den Ausbau von Straßen und auch von Schienenwegen mitfinanzieren. Ob man zusätzlich eine wie auch immer geartete Form von Pkw-Maut braucht, bleibt abzuwarten, bis wir einmal alle Finanzierungsströme auf Bundesebene vernünftig evaluiert haben. In diesem Sinne werden wir diesen Schnellschuss ablehnen.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächsten Redner rufe ich Herrn Sebastian Körber, FDP-Fraktion, auf.

Sebastian Körber (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch wenn das zu Ohrenscherzen meiner Kolleginnen und Kollegen von der CSU führen wird, zwingt mich doch der vorliegende Antrag der AfD, das Urteil des EuGH verkürzt laut und in aller Deutlichkeit vorzulesen; vielleicht ist das gerade auch für den Antragsteller eine kleine Hilfestellung. Ich zitiere aus dem Urteil des EuGH:

Die deutsche Vignette für die Benutzung von Bundesfernstraßen durch Personenkraftwagen verstößt gegen das Unionsrecht.

Diese Abgabe ist diskriminierend, da ihre wirtschaftliche Last praktisch ausschließlich auf den Haltern und Fahrern von in anderen Mitgliedstaaten zugelassenen Fahrzeugen liegt.

Ich glaube, mehr muss man dazu eigentlich gar nicht mehr sagen. Die Maut in der vorgelegten Form ist schlicht und ergreifend gescheitert, weil sie eben nicht EU-konform sicherzustellen ist. Wie Sie das jetzt machen wollen, steht nicht in Ihrem Antragstext.

Andreas Scheuer hat schon mehr als 50 Millionen Euro Steuergeld für Beratungsleistungen zu dieser Kernfrage ausgegeben. Ich bin davon überzeugt, dass er das Inter-

esse hatte, dass es funktioniert. Nun hat es schon mit diesen 50 Millionen Euro verschwendeten Steuergeldern nicht funktioniert. Wie Sie das jetzt in ein paar Stunden hingebraucht haben, kann ich mir überhaupt nicht erklären. Deswegen würde mich interessieren, was die Sachverständigen, Richter und alle, die damit befasst waren, gemacht haben. Vielleicht beraten Sie sie einmal. Des Weiteren frage ich Sie, wie Sie eine Maut ab jetzt umsetzen wollen. Das geht ja gar nicht; dafür ist keine Grundlage vorhanden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir Freie Demokraten wollen Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur. Wir wollen diese Investitionen auch erhöhen, da die Infrastruktur deutlich und chronisch unterfinanziert ist.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, wir alle kennen unsere maroden Straßen und Brücken, unsere Schlaglöcher, die wir vorfinden. Der Staat nimmt aktuell, also schon jetzt bereits über 50 Milliarden Euro an Steuern und Abgaben aus dem Straßenverkehr ein. Der Autofahrer darf am Schluss aber nicht die Melkkuh der Nation werden, meine sehr verehrten Damen und Herren. Bezogen auf die Zahlen der Bundesebene fließt aber nur etwa ein Fünftel dieser Gelder in die Verkehrsinfrastruktur.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dieses Urteil war ein ganz deutliches Signal. An diesem Maut-Desaster hat sich die CSU schon eine blutige Nase geholt. Sie können sich gerne einreihen und sich auch eine blutige Nase holen. Wir lehnen diesen Antrag natürlich ab.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD auf Drucksache 18/2841 seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der AfD.

Weitere Zustimmung sehe ich nicht. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen der GRÜNEN, SPD, FREIEN WÄHLER, CSU-Fraktion und FDP. Wer enthält sich? – Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos). Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Bevor ich die nächsten Dringlichkeitsanträge aufrufe, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion zu ihrem Antrag auf Drucksache 18/2842 namentliche Abstimmung beantragt hat.